

Presseinformation

8. Februar 2018

GEW: „Sechs Prozent mehr Gehalt – mindestens jedoch 200 Euro“

Bildungsgewerkschaft zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst Bund und Kommunen

Berlin – Sechs Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 200 Euro fordern die Gewerkschaften in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes für die bei Bund und Kommunen Beschäftigten. Zudem erwarten die Gewerkschaften, dass die Jahressonderzahlung für das Tarifgebiet Ost auch für den kommunalen Bereich an das West-Niveau angeglichen wird. Fast 30 Jahre nach der deutschen Einheit zahlen die Kommunen im Tarifgebiet Ost nur 75 Prozent der Sonderzahlung West.

„Die Einkommen der Beschäftigten müssen mit den steigenden Lebenshaltungskosten und der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Deshalb ist jetzt ein kräftiger Schub bei der Steigerung der Reallöhne notwendig. Die öffentliche Hand hat im vergangenen Jahr einen Überschuss von 38,4 Milliarden Euro gemacht. Dafür haben die Beschäftigten mit ihrer Arbeit die Voraussetzungen geschaffen, jetzt müssen sie an dieser Entwicklung beteiligt werden“, sagte Marlis Tepe, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), während einer Pressekonferenz der Gewerkschaften ver.di, GdP und GEW sowie des Beamtenbundes am Donnerstag in Berlin.

„Steigende Reallöhne sind wichtig, um die Binnenkonjunktur weiter anzukurbeln. Wir dürfen uns nicht allein auf den Export verlassen. Zudem wollen wir mit dieser Forderung den Abstand zu der Gehaltsentwicklung in der Privatwirtschaft verkürzen.“ Seit dem Jahr 2000 sind die Gehälter im öffentlichen Dienst weniger stark gestiegen als in der Gesamtwirtschaft. Die Lücke beträgt etwa vier Prozent.

Tepe forderte die Arbeitgeber auf, mit der GEW über die tarifliche Eingruppierung kommunaler angestellter Lehrkräfte zu verhandeln: „Wir brauchen endlich eine tarifliche Lösung, damit die Kommunen Lehrkräfte nicht weiterhin nach Gutdünken eingruppieren.“ In Bayern gibt es rund 9.000 Lehrkräfte an Schulen in kommunaler Trägerschaft, davon sind über 3.000 Angestellte.

„Deutschland braucht einen handlungsfähigen Staat mit hoch qualifizierten und motivierten Beschäftigten. Der öffentliche Dienst muss für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiv bleiben: Dazu gehören nicht zuletzt eine gute Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen“, betonte Tepe.

Info: Der Auftakt zur Tarifrunde findet am 26. Februar in Potsdam statt. Für den 12./13. März und den 15./16. April sind zwei weitere Verhandlungsrunden in Potsdam geplant.

Der Tarifvertrag soll eine Laufzeit von einem Jahr haben.